

«Wirtschaftsweiser» sieht Rückfall Deutschlands

Libérale Debatten zu Staat, Macht und Netz an den Hayek-Tagen – wenig liberale EU-Skeptiker

Deutschland könnte wieder zum «kranken Mann» werden in einer EU, in der die Staaten und die Geldpolitik den Strukturwandel verschleppen. Liberale wehren sich dagegen, ohne deshalb zwingend EU-feindlich zu sein.

Peter A. Fischer, Freiburg im Br.

Einzustehen für die Freiheit und eine freiheitliche Marktwirtschaft, scheint in Europa zurzeit nicht gerade populär zu sein – aber gerade deshalb nötig. Die vielen Politiker, die in Deutschland meinten, auf den Rat von Ökonomen zu verzichten, würden ihn in spätestens zehn Jahren wieder suchen müssen, prognostizierte an den diesjährigen Hayek-Tagen in Freiburg warnend Lars Feld. Der Volkswirtschaftsprofessor berät als «Wirtschaftsweiser» im Sachverständigenrat die deutsche Regierung und zeigte sich besorgt darüber, dass diese mit ihrer Rentenreform und Arbeitsmarktpolitik längst überwunden geglaubte Fehler unbekümmert wiederhole.

Innovative Kraft des Internets

Grundsätzlich sieht Feld die wirtschaftliche Freiheit in Europa massiv unter Druck. Frankreich und Italien seien der marktwirtschaftlichen Reformen müde, bevor sie damit begonnen hätten. Die empirische ökonomische Evidenz sei eindeutig, dass Wirtschaftswachstum nicht erfordere, noch mehr Schulden zu machen. Wenn Teile der deutschen Politik dazu übergängen, die Reformlähmen und -müden zu sekundieren, sei dies schlicht unverantwortlich, mahnte Feld.

Der zusammen mit dem australischen Politökonom und Philosophen Geoffrey Brennan dieses Jahr mit der Hayek-Medaille ausgezeichnete Publizist Rainer Hank von der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung» verortete die Wurzeln der deutschen Skepsis

gegenüber der privaten ökonomischen Macht unter anderem im Luthertum. Anders als Brennans Politökonomie, die staatliche Macht als Spielwiese eigennütziger Bürokraten und Politiker begreife, begrüsse die obrigkeitgläubige lutherische Gesellschaft den Staat gerne als wohlwollendes Korrektiv zur Begrenzung des privaten Markts. Eine Schwäche des Liberalismus ortet Hank darin, dass dieser zu sehr auf die Eindämmung von Macht statt deren Bezähmung fixiert sei. Laut Hank liegt im Schutz der Eigentumsrechte und des Wettbewerbs die effektivste Beschränkung von Machthunger.

Weil in der Internet-Ökonomie der innovativen Apples, Googles und Amazons der Wettbewerb spiele und Eigentumsrechte meist klar zuzuordnen seien, wehrt sich Hank gegen staatliche Interventionen zu deren Eingrenzung. Beim generelleren Thema der Netzökonomie zeigt sich unter den Liberalen allerdings ein gewisses Spannungsfeld. Einerseits begrüssen sie die schöpferische Innovation und die Möglichkeiten der neuen Technologien. Der ehemalige Banquier und Publizist Konrad Hummler beispielsweise erhofft sich dadurch gerade für Arme in Entwicklungsländern einen verbesserten und erleichterten Zugang zu Eigentumsrechten. Andererseits sieht er den mit der Digitalisierung verbundenen Verlust an Privatsphäre skeptisch und fürchtet vor allem einen potenziellen Missbrauch von «big data» durch den (Überwachungs-)Staat. Letztlich überwog an den Hayek-Tagen allerdings der Glaube an die schöpferische Kraft des Neuen; den Staat bezähmen könne man allenfalls durch rechtliche Einschränkungen in der Verwertbarkeit von gesammelten Daten vor Gericht.

Ein ernsthaftes Marktversagen orteten Hank und viele andere liberale «Hayekianer» hingegen in dem gegenwärtig real existierenden Bankensystem. Das Problem impliziter Staatsgarantien, überschuldeter oder sogar insolventer

Banken und der Vergemeinschaftung von Verlusten sehen sie immer noch weitgehend ungelöst. Der Vorschlag von Hellwig und Admati, die von den Finanzinstituten wesentlich höhere Eigenkapitalquoten verlangen wollen, geniesst deshalb gerade auch bei Liberalen aus dem unternehmerischen Mittelstand viel Sympathie.

Kritik an EZB

Mit grosser Skepsis wird auch die ultra-expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gesehen. Arash Molavi Vasséi von der Universität Stuttgart-Hohenheim diagnostizierte ein japanisches Szenario. Dies aber nicht, weil er sich vor einer Deflationsspirale fürchtet, sondern weil er die Zentralbanken mit ihren unkonventionellen Massnahmen marode Banken und Unternehmen am Leben erhalten und so künstlich den Strukturwandel bremsen und Innovation verhindern sieht. Das sei, was Japan vom Wachstumspfad abgebracht habe und was nun Europa drohe, betonte Molavi in der Tradition der «Austrian Economics» und erhielt dabei auch von erfreulich zahlreich angereisten jüngeren Liberalen Sukkurs.

In einem klugen Grundsatzreferat suchte die ehemalige Tessiner FDP-Staatsrätin Marina Masoni schliesslich ihre Zuhörer davon zu überzeugen, dass die direktdemokratischen Traditionen der Eidgenossenschaft einem EU-Beitritt der Schweiz entgegenständen. Europa sollte ihrer Ansicht nach ein Interesse daran haben, dass Staaten wie die Schweiz im Sinne des «Wettbewerbs der Systeme» ohne EU-Mitgliedschaft, aber mit der EU verbunden, prosperieren können.

Gleichzeitig warnte Masoni vor liberaler Freude am Erstarken der EU-Skeptiker in Europa. Denn diese strebten grösstenteils nicht nach einem liberaleren Europa, sondern seien überwiegend nationalistisch, protektionistisch und merkantilistisch geprägt.